



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

15.04.1932 (Nr. 76)

LWZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 15. April 1932 • Nummer 76

**Hitler-
Kundgebung**

am 20. April im „Casino“

Die Lortzer-Versammlung findet vorläufig nicht statt.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Schiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. Kurt Schiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domshöhe 25878.

Die LWZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbo., Auslieferung ufw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10spaltige mm-Zeile RM 0.10, auswärts RM 0.12, im Fernteil RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengruppe RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Platzvorbehalten ohne Verbindlichkeit.

Frankreich triumphiert

Die SA. als Opfer der französischen Verständigungspolitik Reichsbanner bekommt Polizeigewalt

SA.-Auflösung mit Hilfe des Reichsbanners

Weimar, 14. April. Auf ungewöhnliche Art schritt der sozialdemokratische Bürgermeister Worch in Langewiesen (Landkreis Arnstadt) zur Auflösung der SA- und SS-Organisationen. Er nahm, wie vom thüringischen Innenministerium beauftragt, das Reichsbanner zur Hilfe und bewaffnete es, da ihm nur ungenügende Polizeikräfte zur Verfügung standen haben sollen. Es wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt, Verhaftungen vorgenommen und Waffen beschlagnahmt. Bürgermeister Worch leistete die Aktion persönlich und hatte sich, wie er auf Anfrage bestätigte, zu seiner Sicherheit mit einem Revolver bewaffnet. Über dieses Vorgehen des Bürgermeisters herrscht im Orte große Erregung.

Der Vorsitzende der bürgerlichen Stadtratsfraktion in Langewiesen hat ein Befehlswort an das Weimarer Innenministerium gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

strengste Unterzuchung

der Polizeistation des Bürgermeisters Worch, der: in dieser Nacht mit Hilfe bewaffneter Reichsbannerleute alle Schützengewehre beschlagnahmt und einige Nationalsozialisten verhaftete. Die friedliche Bevölkerung ist über diesen Vorfall aufs äußerste erregt.

Herr Worch selbst erklärte auf telefonische Anfrage, daß in Langewiesen „alles in Ordnung“ sei und daß sich keinerlei Ausgrenzungen ereignet hätten. Er habe lediglich auf Anweisung der Kreisdirektion in Langewiesen vorhandenen Waffen einzeln lassen und im Rathaus in Verwahrung genommen. Eine Bewaffnung des Reichsbanners stellt Worch in Abrede.

Im thüringischen Innenministerium haben im Laufe des heutigen Vormittags eingehende Besprechungen der zuständigen Stellen über die Vorfälle in Langewiesen stattgefunden. Man rechnet mit der Amtseinführung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Worch.

Der Führer der nationalsozialistischen thüringischen Landtagsfraktion, Sautel, hat ein Protesttelegramm an Groener geschickt, in dem es heißt: Das Reichsbanner habe in Thüringen schon zahlreiche Überfälle verübt.

„Nicht die NSDAP, nicht die SA, nicht die SS sind staatsgefährlich, sondern das Reichsbanner, das jede legale Entwicklung im Bürgerkrieg erfinden will. Es ist mit Gewehren versehen, wie durch den Fall Langewiesen unter Beweis gestellt ist. Im Namen der Mehrzahl des thüringischen Volkes protestiere ich gegen die vollkommene Rechtslosigkeit der nationalen Mehrheit.“

Bremer!

Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates!

Aus der Geschichte unserer Vaterstadt kennen und lieben wir den Begriff der Freiheit und persönlichen Unabhängigkeit jedes Staatsbürgers im Rahmen der verantwortlichen Gemeinschaft. Diese Grundrechte eines freien Volkes sollen unter marzipanischer Willkürherrschaft zerbrochen werden. Der Entscheidungslampf gegen die nationale Rechte, gegen die deutsche Freiheitsbewegung hat eingesetzt.

Denkt daran

daß man dem Führer der deutschen Freiheitsbewegung wider alles Recht den Mundstumm verbot;

daß man die halbe Organisation der deutschen Freiheitsbewegung auflöste, die mit heiligem Herzen zu Stadt und Vaterland steht, während internationale Terrorgruppen, die „Eiserne Front“, ungehindert immer wieder mit Bürgerkrieg, Generalstreik und feindlichem Einmarsch in Deutschland drohen darf;

daß man in Langewiesen das Reichsbanner bewaffnete, um unsere sozialen SA-Heime zu schließen;

daß man in ganz Bayern unsere Wahlversammlungen verbietet, weil man sie angeblich polizeilich nicht schützen könne.

daß man in Preußen auch unsere Jugendorganisationen zerstört, die jeder anderen Partei geknechtet sind;

daß man dem Ausland, besonders Frankreich gegenüber eine Unterwerfungspolitik treibt, die jeden auf das tiefste verblüdet.

Das alles unternimmt eine Regierung, die weder die Arbeitslosigkeit noch die sonstige Wirtschaftslage beheben kann und damit unaufhaltsam unser Volk der Katastrophe zutreiben läßt. Denkt an alles das, prüft sorgfältig unser Kampf seit 13 Jahren und dann fragt, was Ihr für Deutschlands Freiheitskampf geleistet habt.

Denkt an die Toten und Verwundeten, die wir auf uns nahmen, denkt an die Unterdrückungen unzähliger Art, die einzelne Volksgenossen für unser aller Freiheit trafen.

Denkt zurück in die Geschichte, denkt an Mittelalters Zeiten, die in verschärfter Form zurückgekehrt sind.

Denkt an alles das und dann handelt!

Tretet sofort ein in die Freiheitsbewegung und bekundet damit den Willen zu einem freien, sozialen und vor allem gerechten Volksstaat.

Parteigenossen, beschafft Euch Aufnahmehefte, verdoppelt die Werbearbeit, gebt diese Zeitungszusammen weiter und sorgt dafür, daß wir dem System die rechte Antwort geben können.

Tardieu zuvorgekommen

Genf, 14. April. Die ganze Schweizer Presse nimmt in poltenlangen Berichten zur Kenntnis der SA. Stellung und beschäftigt sich besonders mit den Rückwirkungen dieser Maßnahme auf die bevorstehenden Landtagswahlen. Bemerkenswert ist ein Hinweis des bekannten Außenpolitikers des „Journal de Geneve“, William Martin.

Er erklärt in einem Beitragsartikel, daß man in Frankreich die Hitlerverbände als den Grund-

stock der neuen nationalen deutschen Armee angesehen habe. Mit großer Beunruhigung sei in Frankreich immer wieder festgestellt worden, daß die Organisation und die Zahl dieser Verbände vollkommen der der früheren kaiserlichen deutschen Armee entsprach.

Aus diesem Grunde habe Tardieu die Absicht gehabt, in der nächsten Woche auf der Abrüstungskonferenz das Bestehen dieser Verbände

als eine Verletzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erklären. Man habe daher in diesen Kreisen die Maßnahme der Reichsregierung mit besonderer Befriedigung (!!) begrüßt, die als ein erfreulicher Ausblick (!!) für die künftigen Brünings in Genf angesehen werden könne.

Hiller zum SA.-Verbot

London, 14. April. In einer Unterredung mit dem Berliner Sonderkorrespondenten des „Evening Standard“ erklärte Adolf Hiller dem Blatt zufolge: Das Verbot der Sturmtruppen kann nicht ewig dauern. Es ist nur eine zeitweilige Maßnahme. Bald werden die Sturmtruppen wieder da sein, und wenn sie wieder aufgefunden sind, so werden die vierhunderttausend Mann, die jetzt durch amtlichen Befehl „gestorben“ sind, auf sechshunderttausend oder mehr angewachsen sein. Auf eine Reihe von Fragen antwortete Hiller wie folgt:

Von den vierhunderttausend Mitgliedern der verbotenen nationalsozialistischen Organisationen sind dreihunderttausend arbeitslos. Sie werden harte Zeiten durchmachen müssen, und das Verbot wird ihre Verluste für die gegenwärtig Regierenden nicht erhöhen. Bei den Präsidentenwahlen haben wir einen sehr schweren Kampf zu bestehen. Ich werde nichtsdestoweniger aufstehen und kämpfen, wenn wir die achtzehnhundert Millionen Stimmen, die wir bei den Präsidentenwahlen in Preußen erhielten, beibehalten. Dann würden wir 160 Sitze im Reichstag erhalten und die NSDAP. würde dort die stärkste Partei sein. Es ist keine Frage, daß die bürgerlich-nationalen Kreise auf unsere Seite herüberkommen und uns in den Stand setzen würden, die preussische Regierung zu bilden.

Auf die Frage, wie Hitler die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland ohne die Hilfe der Sturmtruppen aufrecht erhalten wolle, erklärte Hiller: „Meine Methoden, an die Macht zu kommen, waren und bleiben streng verfassungsgemäß. Ich benötige daher nicht die Hilfe der Sturmtruppen, um die Macht in Deutschland zu erlangen.“

Auf die Frage, welche Beweggründe nach seiner Ansicht die Reichsregierung zu ihrer Maßnahme veranlaßt hätten, erklärte Hiller: Zunächst glaube er, obgleich er dafür keine Beweise habe, daß Dr. Brüning den Sozialdemokraten die von ihnen verlangte Belohnung für die Unterstützung Hindenburgs bei den Präsidentenwahlen geben wollte.

Der entscheidende Grund sei aber nach seiner Meinung ein außenpolitischer gewesen. Vor einem Jahre habe die französische Regierung die Auflösung der Sturmtruppen verlangt, die sie als eine Bedrohung Frankreichs betrachtete. Dr. Brüning habe zu glauben, daß Außenpolitik umso leichter gelingen werde, je schwächer ein Land sei. Warum habe dann die Regierung nicht ebenso das Reichsbanner und den Stahlhelm verboten? Diese beiden Organisationen würden ansehnlich als

militärisch wirksam nur innerhalb Deutschlands betrachtet. Es sei für ihn als einen deutschen Patrioten eine Ehre, daß seine Organisation allein als Zielscheibe des Angriffs ausleseren wurde.

Die Reichsregierung bestreitet, wie nicht anders zu erwarten, diese Darstellung.

Minister Klagges zu dem SA- und SS-Verbot

SA-Deute verlassen die Führerschule

Braunschweig, 14. April. Im Lande Braunschweig sind keine besonderen Schritte gegen die nationalsozialistischen SA- und SS-Formationen unternommen worden. Der inzwischen von Berlin zurückgekehrte Innenminister Klagges teilte auf Anfrage mit, daß bisher kein Anlaß dazu bestanden habe. Die Polizei habe lediglich die Pflicht, zu beobachten, daß die Bestimmungen der Notverordnung über die Auflösung der Formationen durchgeführt würden. Selbstverständlich werde bei Verstößen gegen die Bestimmungen polizeilicherseits für deren Durchführung gesorgt werden.

Aus der nationalsozialistischen Führerschule in Krefeld erfahren wir von dem Leiter der Schule, daß die SA-Deute nach ihrem Wohnsitz zurückkehren und mit den Vorbereitungen zur Wehrübung beschäftigt seien.

Der Völkische Beobachter zum SA-Verbot

München, 14. April. Im „Völkischen Beobachter“ heißt heute Hauptkassierer Rosenberger fest, daß zehn Jahre lang die SA-Gewalt für die Sicherheit gewesen sei, denn ohne sie hätten sich die Deutschen überhaupt nicht mehr zu Veranlassungen zusammenfinden können, ohne Gewalt befehlen zu müssen. Weiter wird festgestellt, daß von hohen Beamten aus dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda die SA-Organisation als „eine der besten“ bezeichnet wird. Die SA-Organisation wird als „eine der besten“ bezeichnet. Die SA-Organisation wird als „eine der besten“ bezeichnet.

Wöhrlich heißt es dann: Wir fragen das deutsche Volk, wie es über die Begründung der Auflösung der SA denkt, wenn darin zu lesen ist, diese Auflösung sei „rein überparteilich“ und „nach allen Seiten gleiches Maß“ anwendend. Keine Regierung könne es dulden, daß „jüngende Partei“ den Versuch mache, einen Staat im Staat zu bilden. Die nationalsozialistische Weidenschaft zu Deutschland, zu seinem Volk und seiner Zukunft werde durch das alles nicht erschüttert werden. Der 13. April stehe vor der deutschen Nation als warnendes Signal. Oktoberfestung sei über Deutschland.

„Dies ist Hitlers Stunde“

Die Londoner Presse zum SA-Verbot.

London, 14. April. Bei der Beurteilung des Verbotes der nationalsozialistischen Organisation hält sich die englische Presse völlig an die amtlich gegebene Begründung. Durchweg wird dabei zum Ausdruck gebracht, daß die weitere Entwicklung in Deutschland Gegenstand ernster Sorge bleibe. „Daily Express“ hebt die Schwierigkeit der Lage für Hitler hervor. Aber dennoch sei Hitlers größte Gelegenheit zu glücklicher Zeit gekommen. Wenn er seine Armee auflösen wolle, diese ihm aber treu bleibe, wenn er seine Leibgarde entlasse und dennoch seinen Einfluß auf die Bevölkerungskraft der Defensivkräfte behalte, wenn er die Macht des Staates anerkenne, ohne seine Überzeugungen aufzugeben, dann werde er leben, um der erwählte Herrscher Deutschlands zu werden. „Dies ist Hitlers Stunde.“ Mit erbarmungsloser Feder wartet die Geschichte,“ schreibt das Blatt.

Italienische Presse

Rom, 14. April. Das SA-Verbot findet in der gesamten italienischen Presse große Beachtung. Die Mäntel haben hervor, daß über diese außerordentliche Maßnahme keine Einigkeit herrsche. Der „Lavoro Fascista“ erklärt, es sei lächerlich, wie sehr der französische Sicherheitswahn die deutsche Sozialdemokratie angestrichelt habe, die nun mit allen Mitteln gegen die Grundzüge der Gesetzlichkeit und der allgemeinen Politik vorgehe, weil sie vom Sicherheitsstimmeln beherbergt sei. Natürlich handle es sich dabei vor allem um ihre eigene Sicherheit. Die Sozialdemokraten, die von ihren Ideen über Gefahren und Verfall und Verrat, merkten aber nicht, daß sie sie selbst heraufbeschworen. Die „Tribuna“ erklärt, daß die Auflösungsmaßnahme eine Gegenleistung sei, die die Sozialdemokratie für die Wahl Hindenburgs verlangt habe.

In Sachsen noch keine Polizeiaktion

Dresden, 13. April. Zu der Notverordnung über das Verbot der nationalsozialistischen SA- und SS liegt von amtlicher Seite noch keine Stellungnahme vor. Auch hat die sächsische Polizei noch keinerlei Anweisung, gegen die For-

Unentwegt im Angriff

Kassel, 13. April. Die Gaupressestelle des Gauess Hessen-Nassau-Nord teilt mit: Nachdem es dem Gau Hessen-Nassau-Nord gelungen war,

bei der Präsidentenwahl in dreizehn von dreißigwärtigen Bezirken die absolute Mehrheit zu gewinnen und in zwei weiteren Kreisen die stärkste Partei zu werden, feste sofort nach der Wahl erneut der Ansturm ein. Reichstagsabgeordneter Sprenger aus Frankfurt a. M. sprach über den kommenden

Sturz des Systems in Preußen in einer überfüllten Stadthallenversammlung, obwohl die Versammlung erst am Abend vorher genehmigt war und kein Platanenplatz vorgesehen

nationen einzuschreiten. Die Unterkunftsräume der SA und SS in der Ferdinandstraße sowie die dortige Materialkammer, eine Art Feldzeugmeisterei, sind leer.

Aus Chemnitz verlautet, daß die Nationalsozialisten dort am Mittwochabend noch mit Mühe durch die Straßen zogen.

Auflösung der SA und SS in Württemberg

Stuttgart, 13. April. Vom Polizeipräsident (Gandestrinallant) wird mitgeteilt: Im Verfolg der vom Reichsministerium des Innern verfügten Auflösung der SA und SS-Formationen der NSDAP, hat das Polizeipräsidentium Stuttgart im Verlauf des Mittwochabend die notwendigen Durchsuchungen im ganzen Land vorgenommen. Das sichergestellt Material wird in den nächsten Tagen einer Durchsicht unterzogen werden. Jene, welche Schwierigkeiten haben sich in Stuttgart bei der Durchführung der Maßnahmen nicht ergeben. Aus dem Lande liegen hierüber abschließende Berichte noch nicht vor.

Anfechtung der Notverordnung

Braunschweig, 14. April. Innenminister Klagges teilte dem Vertreter der Telegraphen-Union mit, es sei sicher, daß man sich mit der Frage, ob gegen die Notverordnung betreffend SA-Verbot Klage beim Reichsgericht erhoben werden solle, beschäftigen und ihre juristische Seite prüfen werde. Die Zweckmäßigkeit der Klageerhebung bliebe dahingestellt. Beschlüsse in dieser Frage seien noch nicht gefaßt.

Französische Waffen beim Reichsbanner

In Halle wurden in der Wohnung eines Reichsbannermannes bei einer polizeilichen Hausdurchsuchung mehrere

französische Trommelrevolver und zwei französische Seitengewehre gefunden.

Die waffenlose SA wird verboten und das mit französischen Waffen versehene Reichsbanner darf ungehindert seine Vorbereitungen zum Bürgerkrieg treffen und über die Bürgerkriegsorganisation der NSDAP, beschränkt sich entziehen! Das ganze nennt man Demokratie.

Mit Blindheit geschlagen

Wien, 14. April. Der Gauleiter der österreichischen Nationalsozialisten äußerte sich gegenüber einem Redakteur des „Neuesten Weltblattes“ über die Auflösung der SA und SS in Deutschland. Er sagte u. a., es scheine, daß man an den maßgebenden deutschen Stellen mit Blindheit geschlagen sei. Man müßte doch aus der Geschichte wissen,

daß derartige Maßnahmen eine politische und geistige Bewegung, wie es der Nationalsozialismus heute verkörpert, niemals befehdet, sondern immer nur gefördert hätten.

Was die Rückwirkungen auf Österreich anlangte, so sei wohl kaum anzunehmen, daß sich die Maßnahmen der reichsdeutschen Regierung hier irgendwie auswirken würden.

Die Stärke der nationalsozialistischen SA und SS-Formationen in Österreich wird gegenwärtig auf etwa 30 000 Mann geschätzt.

Vorgehen auch in Oldenburg

Oldenburg, 14. April. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Herzog hat im Oldenburgischen Landtag folgende förmliche Anfrage eingebracht: Ich frage das Staatsministerium, ob es die reichsseitigen Verbotsmassnahmen der nationalsozialistischen SA- und SS-Gruppen u. a. billigt und insbesondere ob der Herr Innenminister in der Versammlung in Berlin für das Verbot der nationalsozialistischen Gruppen getimmt hat. Diese Anfrage wird am Freitag in der voranschreitenden Sitzung des heutigen Landtages zur Beantwortung kommen und sicherlich eine sehr lebhaft grundrüttelnde politische Debatte entfesseln. — Im übrigen hat die oldenburgische Regierung bisher Ausführungsbestimmungen zum Verbot der SA und SS nicht getroffen oder zur Durchführung gebracht,

weil der Innenminister und der Polizeireferent im Innenministerium erst heute mittag von Berlin zurückgekehrt sind.

Pa. Sprenger warf scharfes Scheinwerferlicht auf die Zerrüttung von Wirtschaft, Kultur und Moral im heutigen Preußen und erklärte unter dem ohranartigen Beifall der Versammlung, ein Wahlergebnis wie das vom Sonntag würde verschwinden lassen. Nationalsozialistischer Geist sei Preußengeist, und so werde es gelingen, einen Staat im Sinne Friedrichs des Großen neu aufzubauen. Alle gutgesinnten Kreise müßten sich darüber einigen, uns bei der Preußenwahl noch härter und gewaltiger zu machen, als wir jetzt schon geworden sind.

Straßenkundgebung in Karlsruhe

Karlsruhe, 14. April. Die Protestaktionen im Stadtmitteln nahmen in den letzten Abendstunden des Donnerstag einen derartigen Umfang an, daß die Polizei gezwungen war, ganze Straßenzüge im Stadtmitteln durch einen starken Polizeifordon abzuriegeln. Auf der Hauptverkehrsader, der R. i. e. r. s. t. r. a. s. e., wurde jeglicher Verkehr mit Ausnahme des Straßenbahnverkehrs unterbunden. Polizeibeamtenteile und beauftragte Polizeimannschaften jagten durch die Straßen. Die nach Landenden zählende Menschenmenge wurde in die Seitenstraßen abgedrängt, wobei fast überall vom Gummihüpfel Gebrauch gemacht werden mußte. Mehrere Personen wurden verletzt und eine große Anzahl verhaftet. Schließlich wurden die Zugänge zum Marktplatz durch spanische Reiter abgeperrt. Gegen 23 Uhr war die Ruhe im allgemeinen wieder hergestellt.

Unerhörte Drohungen

Karlsruhe, 14. April. Staatspräsident Dr. Schmitt verlas in der Donnerstag-Sitzung des Reichstags Landtags eine Erklärung zum SA-Verbot, in der es u. a. heißt: Die bauliche Regierung begrüßt es, daß ihr seit Monaten wiederholt und nachdrücklich in Berlin vortragender Wunsch endlich erfüllt ist. Das Gebot der Selbstverhaltung liegt aber dem Staat mit zwingender Notwendigkeit noch eine andere Aufgabe auf: Zahlreiche Beamte haben in der letzten Zeit ihre befohrnere Treupflicht gegen den Staat größtenteils verletzt. Die Regierung muß daher alle Beamten, den Legatitätsbestimmungen der NSDAP, seinen Glauben mehr zu schenken. Die Regierung hat das Vertrauen zu ihren Beamten, daß sie, nachdem der Reichspräsident so deutlich gesprochen hat, zu ihrer Pflicht zurückkehren. Gegen diejenigen, welche sich trotz dieser Ermahnung im Sinne der NSDAP oder NSDAP betätigen, wird die Staatsregierung folgende Maßnahmen ergreifen: Den außerplanmäßigen Beamten, den Angestellten und Arbeitern wird die Regierung das Dienstverhältnis im Rahmen der Gesetze kündigen. Gegenüber den widersprüchlich angestellten planmäßigen Beamten wird die Regierung den Widerruf der Anstellung ausprechen und das Dienstverhältnis kündigen. Die unwiderkündlichen planmäßigen Beamten haben diejenigen Folgen zu tragen, die sich wegen Verletzung der Treupflicht gegen den Staat auf Grund von Disziplinarverfahren nach Maßgabe der bestehenden oder künftigen Gesetze ergeben. Im übrigen sind die sogenannten politischen Beamten in den einwilligen Ruhestand zu versetzen. Bei dem Abbau nach der baulichen Haus-

Japanisches Flugzeuggeschwader bombardiert chinesische Bänder.

Mulden, 14. April. Das Oberkommando der japanischen Armee teilt mit, daß 27 Flugzeuge am Mittwoch die chinesischen Bänder, die an dem Anschlag auf den japanischen Eisenbahnzug teilgenommen haben, östlich von Garbin mehrere Stunden mit Bomben angegriffen haben. Nach bisherigen Feststellungen wurden über 200 Chinesen getötet.

Bisher keine Menschenverluste in Argentinien

Buenos Aires, 13. April. In Buenos Aires liegt bis zu neun Zentimeter Höhe, die vom heftigen Sturm aus dem Südpazifik herangeführt wurde. Meldungen über Menschenverluste liegen, soweit Argentinien in Frage kommt, bisher nicht vor. Über die Lage in Chile ist hier nichts Näheres bekannt.

Grzesinski verbietet weiter

Der Berliner Polizeipräsident hat das erscheinende Buch des Landgerichtsdirektors A. D. Hoffmann, Magdeburg, „Der Fall Sörling-Saas“ (A. F. Lehmanns Verlag München) für das Gebiet des Reichsaates Preußen beschlagnahmt und eingezogen. Er stellt richtig fest, daß das Buch den preußischen Behörden den schweren Vorwurf der Rechtsbeugung und des Eingriffs und Einbruchs in die Rechtspflege durch ungesetzliche Handlungen mache. Er irtt allerdings, wenn er Hoffmanns überaus schärfliche und dornenreiche Feststellungen für „Beschlagnahmen und böswillige Verfälschungen“ im Sinne der Notverordnung hält. Der Polizeipräsident stellt fest, daß der Veler des Buches den Eindruck erhalte: „daß der Reichsaat Preußen nicht mehr Rechtsstaat und nicht gewillt sei, ohne Anfechtung der Verordnungen, welche die Verwaltung und in der Rechtspflege in Anwendung zu bringen, ferner, daß er mit zweierlei Maß messe und deshalb die Behörden und leitenden Beamten nicht fähig seien, ihr Amt ordnungsgemäß, pflichtgemäß und unparteiisch wahrzunehmen“. Gegen diese unbedeutende Wirkung des Buches weiß der Polizeipräsident nichts Besseres als die Beschlagnahme des Buches,

galtnotverordnung sind die betreffenden Beamten vorzugsweise in Aussicht zu nehmen. Die Staatsregierung erwartet, daß die Behörden ähnlich verfahren.

Preußens Bischöfe gegen SPD.

Kulda, 14. April. Die Bischöfen der Diözesen Preußens haben anläßlich der bevorstehenden Landtagswahl an die katholischen Christen eine Mahnung gerichtet, in der es heißt: Wählt Abgeordnete, deren Charakter und erprobte Haltung Zeugnis gibt von ihrem Eintreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für den Schutz der konfessionellen Schulen der christlichen Religion und der katholischen Kirche. Strenge euch vor Agitatoren und Parteien die des Vertrauens des katholischen Volkes nicht würdig sind.

Sächsischer NSDAP-Abgeordneter in Jag genommen.

Leipzig, 14. April. Am Mittwochabend ist eine nationalsozialistische Versammlung durch die Polizei aufgelöst worden. Der Redner, der Landtagsabgeordnete Subentlowitz, hat nach Mitteilung des Polizeipräsidenten den Reichspräsidenten und Mitglieder der Reichsregierung schwer beleidigt. Der Abgeordnete ist Donnerstagvormittag wegen der Schwere der Beleidigungen, sowie wegen vorliegender Verurteilungsfähigkeit unter vorläufiger Inhaftnahme der Staatsanwaltschaft angeführt worden.

Eröffnung des Vergleichsverfahrens über das Vermögen Professor Dr. Jantars.

Deftau, 14. April. Wie das Defauer Amtsgericht heute bekannt gibt, ist über das Vermögen Professor Dr. Hugo Jantars in Defau das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses heute eröffnet worden, da die Zahlungsunfähigkeit nachgewiesen worden ist.

Alte Zusammenkünfte in Brüg

Drei Tote, viele Verletzte

Brüg, 14. April. Bei den Versuchen, in die militärisch abgeperrte Stadt Brüg in Belgien zu gelangen, griffen die streikenden Bergarbeiter an vielen Stellen die Gendarmen- und Militärabteilungen an. Fast überall mußte das Militär von den Waffen Gebrauch machen. In der Kommandierstraße gab das Militär eine Salve ab, wodurch drei Tote und vierzehn Verletzte auf dem Platz blieben. In der Stadt Komatou kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Gendarmen und Streikenden. Hier wurden acht Arbeiter verletzt.

Rom Wapstposten erschossen

Wienburg, 13. April. Der Obergefreite Hans Richter kam in der Dienstagnacht zu spät vom Urlaub zurück. Er wollte über die Mauer der Kaiserliche Kaserne und wurde dabei von dem Posten der Wachschutzwache angegriffen. Als er nach wiederholtem Anruf nicht antwortete, gab der Posten, der annahm, daß es sich um einen Eindringling handelte, seinen Dienstvorschrift entsprechend Feuer. Richter wurde auf der Stelle getötet.

Japanisches Flugzeuggeschwader bombardiert chinesische Bänder.

Mulden, 14. April. Das Oberkommando der japanischen Armee teilt mit, daß 27 Flugzeuge am Mittwoch die chinesischen Bänder, die an dem Anschlag auf den japanischen Eisenbahnzug teilgenommen haben, östlich von Garbin mehrere Stunden mit Bomben angegriffen haben. Nach bisherigen Feststellungen wurden über 200 Chinesen getötet.

Bisher keine Menschenverluste in Argentinien

Buenos Aires, 13. April. In Buenos Aires liegt bis zu neun Zentimeter Höhe, die vom heftigen Sturm aus dem Südpazifik herangeführt wurde. Meldungen über Menschenverluste liegen, soweit Argentinien in Frage kommt, bisher nicht vor. Über die Lage in Chile ist hier nichts Näheres bekannt.

**Ziehungsbeginn:
Nächste Woche**

Geld in Massen
auch für Sie
durch die Klassenlotterie

114 Millionen 260 Tausend RM

Lose 1. Klasse
in allen Abschnitten
in Bremen
zum Friedenspreise
bei den Staatlichen Lotterien-Einnahmen

Wilhelm Oscar Bruns, Oberstr.-Ansgarikirche
D. Fedden, Conrescarpe 1
Theodor Krumpfen, Bahnhofstr. 34
Josef Schwarze, Am Markt 15-16

Aml. Bekanntmachungen

Der in Verlust geratene, am 18.2.25 für Johann Friedrich Wils, Bedmann, geb. 25. 10. 1904 in Lehe i. O., ausgesuchte Kraftwagenführerschein wird für ungültig erklärt. **Polizeidirektion.**

Der Auftrag, der noch § 2 des Bremischen Gesetzes vom 15. Juni 1930 (Gef.-Bl. Seite 121) für die Berechnung des Versicherungswerts (Zehnwerts) von Gebäuden wegen der zeitlichen Preissteigerungen zu den nach Vergleichspreisen aufgestellten amtlichen Schätzungswerten hinzuzurechnen ist, beträgt nach dem Stande vom 1. April 1932 34 v. H. **Schätzungsbeförde.**

In Rücksicht auf die Maul- und Klauenseuche findet vorläufig keine Zulassungsförderung statt. Für die zum Deden bestimmten, noch nicht in Bremen freigegebenen Bullen werden Vierteljahresbrennen angelegt. — Anmeldegebühren sind mit genauer Standortangabe des Bullen bis Montag, den 18. April d. J., vorm. 9 Uhr, in der Landwirtschaftskammer einzureichen. — Mit der Anmeldung sind 5 RM. Anmeldegebühr an die Kanzlei der Kammer, vor der Führung 5 RM. Vorauszahlung an den Kommissionsvorsitzenden zu zahlen. **Landwirtschaftskammer.**

Die Instandsetzungsarbeiten an den Schleusen des Bremer Wehrwerks sind beendet. Die große Schleuse wird Ende dieser oder Anfang nächster Woche wieder in Betrieb genommen. Genauer Tag auf telefonischer Anfrage bei der Schleusenverwaltung. **Wasserstraßenverwaltung.**

Gerichtl. Bekanntmachungen

Es wird um Mitteilung des Aufenthaltsortes des
Wohnheimleiters Richard Bed, geb. 3. 8. 03 Bremen,
zum Aufgeheben: 9 S 405-32.

Fahrschule
Edmund Wilm
Georgstraße 65
Roland Nr. 7341

Zu vermieten
Nähe Bahnhof
möbl. Zimmer
Bad, Tel., Heizg.
Hoppenbank 3
ab Rembertikirche

Mietgesuche
Suche Laden
mit Preisangebot an
Verkehrsstraße.
G. Marks
Andreestraße 32

Klempners Martin Gerken, geb. 2. 9. 1892 Bremen,
zum Aufgeheben: 9 S 980-31,
Teppichhändlers Theophil Moushaff,
geb. 14. 2. 1877 Damastus,
zum Aufgeheben: 9 S 263-31,
erlaubt.
13. 4. 32. **Staatsanwaltschaft.**

In dem Kontroversverfahren über das Vermögen des Kolonialwarenhändlers Karl Franz Bernhard Däger in Bremen ist Termin auf

3. Mai 1932,
vormittags 10 Uhr,
vor dem Amtsgericht hier, Gerichtshaus, 1. Obergeschoss, Zimmer Nr. 84 (Eingang Osterstr.), anberaumt, zur Anhörung der Gläubiger über den Antrag des Verwalters auf Einstellung mangels Masse.

13. 4. 32. **Geschäftsstelle d. Amtsgerichts.**
Der Vergleichsverfahren über das Vermögen des Saitenmeisters Edward Thomas in Bremen ist am 24. März 1932 nach rechtskräftiger Befestigung eines Vergleichs aufgehoben worden.

13. 4. 32. **Geschäftsstelle d. Amtsgerichts.**
Der Vergleichsverfahren über das Vermögen des Uhren- und Goldwarenhändlers Conrad Adolf August Brandt, all. Inh. der Firma Uhren-Brandt August Brandt in Bremen ist am 29. März 1932 nach rechtskräftiger Befestigung eines Vergleichs aufgehoben worden.

13. 4. 32. **Geschäftsstelle d. Amtsgerichts.**
Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Ernst Müller, all. Inh. der Firma Möbeler u. Co. in Bremen, ist am 31. März 1932 nach rechtskräftiger Befestigung eines Vergleichs aufgehoben worden.

13. 4. 32. **Geschäftsstelle d. Amtsgerichts.**
Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Johann Friedrich Carl Wöhmann, all. Inh. der Firma F. C. Wöhmann in Bremen, ist am 4. April 1932 nach rechtskräftiger Befestigung eines Vergleichs aufgehoben worden.

13. 4. 32. **Geschäftsstelle d. Amtsgerichts.**

Verlangte
Tüchtige Verkäufer
Pg. für den dortig.
Bezirk für gesch.
Hakerkreuzische
decke in künstli-
cher Ausführung.
Leicht verkäuflich,
guter Verdienst. Be-
werbg. an Hersteller
R. Treizel
Steinhude 400

Turnschuhe
in großer Auswahl
sehr preiswert

Schuhhaus Wachendorf
nur Ostersteinweg 49
beim Schauspielhaus

**Hier wirbt der
Fleischermeister!**

Fleisch- und Wurstwaren
in bekannter Güte
E. Steuber, Haferkamp 79
Fernsprecher Weser Nr. 83475

Feine
Fleisch- und Wurstwaren
zu den billigsten Tagespreisen
Fr. Dammann
Vasnerstr. 18 / Domsheide 27767

Ochsenfleisch
zum Kochen Pfd. 65
zum Braten 75-95
Rouladen 95
Kalbfleisch 65-1.10
Karbonaden 80-90

ff. Aufschnitt
zu soliden Preisen

Fleisch- und Wurstwaren
nach süddeutscher Art
Heinz Kt. Schlachtere
Kl. Helle 41
Telefon: Weser 94759
Bestellungen auf Anruf ins Haus.

Otto Conradt
Fleischermeister
FALKENSTRASSE 35a

Dorus de Vries
Wulvesstraße 28-29 • Fernruf: Domsheide 26415
Empfehle meine prima Fleisch- und Wurstwaren zu den allerbilligsten Tagespreisen

Kauft nicht im Warenhaus!

**Laufend zahlen
wir Gelder aus**

Werden Sie noch heute Mitglied unserer Kasse. Wir geben Darlehen nach kurzer Wartezeit von RM. 500.- aufwärts b. zu RM. 30000.- für alle Zwecke bei 3% Verwaltungskosten der Antragssumme jährlich und monatlicher Ein- und Rückzahlung von RM. 13.10 pro RM. 1000.- an. Lassen Sie sich kostenl. u. unverbindl. berat. durch „**Familienchutz**“ Köln, Friesenpl. 19.

Stellen-Angebote

Kontoristin
evtl. Anfängerin gesucht. Bewer-
bung mit Gehaltsansprüchen
unter **G 367** beim Verleger.

Jg. Mädchen
für leichte Arbeiten ges. Wird
angelernt. Selbstgeschriebene Be-
werbung mit Lohnforderung unter
H 368 beim Verleger.

Vertreter allerorts gesucht!

Stadttheater

Heute
Freitag, 20 Uhr:
Geschlossene Vorstellung.
Sonabend, 20 Uhr:
162. Abonnement-Vorstellung:
In der Theaterleitung
von Prof. Reinhardt
Die schöne Helena

Sonntag, 11 Uhr, 14. Form.-V.
Tanz-Matinée
Aurel v. Willos a. G., Core
Reinhardt, sowie das gef. Ballett u.
die Kinderdarstellung des Stadt-
theaters.

15 Uhr, 62. Nachm.-Vorstellung:
Im weißen Rößl
19.20 Uhr, 163. Abomm.-Vorstell.:
Tannhäuser
und der Gängertieg
auf der Wartburg
Damen: Feld, Soller, Herren: Barton,
Schweinsberg, Wehm

In den Centralhallen
Dauerhafte
vollständige Vorstellungen des
Stadttheaters
Sonntag, 17. April, abends
20.15 Uhr:
In neuer Einstudierung
„**Mein Leopold**“
Wolfsblut in 3 Akten von Al.
L. Wronke, Musik von R. Bial
G. Jones mit Gesangs- und
Sangeinlagen. Kleine Preise:
50 Pf., 1.-, 1.50, 2.- RM.

**Kauft bei
unseren Inferenten!**

Aerzte-Tafel

Praxisüberlegung
Dr. med. Schubert
Chirurg
jetzt Breitenweg 4
Sprechst. vorm. 11½—12½ Uhr
nachm. 4—6 Uhr
außer Mittwoch u. Sonnab. nachm.

Ich habe meine Praxis nach
Dobben 34
(Ecke Sonnenstraße)
verlegt.
Sprechzeit ½8—9, 16—17½
Fernruf: Domsheide 20591
Dr. med. Vilmar, Arzt

Sonder-Vorstellung im Bremer Schauspielhaus

Sonabend, den 16. April, abends 8 Uhr

„Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz“
Ein gewaltiger Erfolg, wie ihn das Theater bei einem Schauspiel kaum je erlebte!

Das neue deutsche nationale Drama

Der 18. Oktober

Schauspiel in 3 Akten von Walter Erich Schäfer
mit einleitendem Vortrag von Hans Karl von Sichert, Hauptgeschäftsführer der BZ

veranstaltet vom **Kulturausschuß der NSDAP. Ortsgr. Bremen**

Bedeutend verbilligte Eintrittspreise:

Orchesterfessel RM 4.—
Ranglogen RM 3.—
Rangfessel RM 2.—
Mittelparquet RM 2.50

I. Parlett RM 3.—
Ranglogen RM 2.—
Rangfessel, 2. und 3. Reihe RM 1.—
II. Parlett RM 2.—
II. Rang RM 1.—

Vorverkauf an der Theaterkasse, Emil Fedden, Am Wall 169 und BZ, Papenstraße 15

Aus Bremen Stadt und Staat

Gewalt über Recht

Nicht der Tod macht den Mann, vielmehr sein Herz, seine opferbereite Vaterlandsliebe! Laßt sie unser braunes Ehrenkleid und unsere mit geringen Spargroschen für die kommende Not gesammelten Bestände beschlagnahmen, unser Herz, unsere Mannestruhe gegen unseren Führer, Adolf Hitler, unseren Glauben an ihn und unsere Überzeugung von der heiligen Mission an unserem deutschen Volk können sie nicht aus unserer Brust reißen.

Immer fester und geschlossenere Reihen wir uns zusammen. Reicht Euch mit trübenden Jahren in immer erneuter Treueidenschaft die Hände, fest und ineinander verzwirnen Ihr Millionen! Ein Mann — Ein Gebante — Eine Seele!

Seid wach und bereit zur Tat, bewahrt die Ruhe in Euren starken Rechtsbewußtsein, das uns in unserer Bewegung erwidert. Trotz allem wird unser Tag in Morgenglut erleben, die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit!

Kontoradmiral Harder
Bremen.

*

Polizeiaktion auch in Bremen

Hausdurchsuchungen in der Geschäftsstelle und bei Parteigenossen.

Die Polizeidirektion Bremen teilt mit: Nach Bekanntwerden der vom Reichsminister des Innern als fünfpunktig inhaltlich übermittelten Verordnung des Reichspräsidenten wurden die Parteileitung der NSDAP, sowie die Führer der SS- und der SA, von dem Verbot der militärischen Organisation der NSDAP, von ihrer Eintragung sofort in Kenntnis gesetzt. Bei der Übermittlung dieses Verbots wurde festgestellt, daß sich in den Geschäftsstellen der SS- und SA, im Parteibauzeu Memmelsbüschel keine Gegenstände, die dem militärischen Zweck der Organisation dienen, vorhanden waren. Von der Durchsuchung des Parteibaus in der Pöhlstraße und eines weiteren in Errichtung befindlichen Heimes in der Osterstraße wurde zunächst Abstand genommen, da es sich nach Angabe der Parteileitung nicht um Heime der SA, sondern der Partei handelt. Bei dem 14. April vormittags in den beiden Heimen vorgenommenen polizeilichen Feststellungen haben keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß diese Angaben unzutreffend wären.

Am 14. April erfuhr der Reichsminister des Innern gemäß § 2 der Verordnung um Sicherstellung der militärischen Zweck bestimmten Gegenstände. Hieraus ergab sich in den Abendstunden Durchsuchungen der Geschäftsstelle der SA und SS, der Parteibauzeu, sowie der Wohnungen einer größeren Anzahl von SA- und SS-Mitgliedern. Bei diesen Durchsuchungen wurden einige der in § 2 der Verordnung angeführten Gegenstände vorgefunden und polizeilich sichergestellt.

Kampfbund Niederachsen.

Vor vollendetem Saal sprach vorgelesen der Korrespondent Hirsch für den neu gebildeten Kampfbund Niederachsen. Er wurde mit feierlichem Beifall seiner Anhänger begrüßt und führte zu dem ihm gestellten Thema: „Fort vom internationalen Proletariat, hin zum deutschen Arbeiterkammeraden“, aus, daß der Marxismus von heute von dem ehemaligen anfänglichen feierlichen Baustein der Nation, das er seinen Glanzen, hat, aber bald, seinen feierlichen Auftrieb verliert, aber die Masse und das mit der Masse nicht einmüßig, die Massen zu uns herab zu ziehen. Der Marxismus hat es verstanden, daß der Arbeiter sich als bewußtes Glied in den Massen des Vaterlandes einfügen konnte, denn er lehrte

Bürgerschaftsfraktion fordert Verbot des Reichsbanners

Gleiches Recht für alle! Gegen rote Gewalttaten!

Am dem immer unverhüllter hervortretenden Bürgerkriegstreiben des Reichsbanners, das sich nach dem Verbot der SA. feierlich rückwärts mehr auferlegt (siehe die Einlegung bewaffneter Reichsbannerleute in Langewiesen!), einen Einhalt zu gebieten, und den Grundgedanken der Gleichheit aller vor dem Gesetz zur Geltung zu bringen, hat die Bremer Bürgerschaftsfraktion der NSDAP einen

Dringlichkeitsantrag

für die heutige Bürgerschaftssitzung eingebracht, der die Auflösung des Reichsbanners fordert.

Die Fraktionen der Bürgerschaft werden somit Gelegenheit haben, vor aller Öffentlichkeit zu zeigen, wie sie zum roten Terror und zur Sicherung von Ruhe und Ordnung stehen. Sie werden sich erklären müssen, ob sie die Entziehung von 62.500 fremdsprachigen Wäffeln und das erbitte einseitige Vorgehen gegen diese billigen.

Der Antrag lautet:

Dringlichkeitsantrag

Die Bürgerschaft beschließt das nachstehende Gesetz:
Gesetz über das Verbot des Reichsbanners usw.
vom 14. April 1932.

Der Senat verhandelt das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1.

Die militärische Organisation des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, Bremen, mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2.

1. Die zurzeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisation oder eines ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die dem militärischen Zweck der Organisation dienen, haben oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich sichergestellt werden.

2. Gegen die polizeiliche Anordnung ist die Beschwerde im Dienstaufsichtswege zulässig.

3. Schadenersatzansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung sichergestellter Gegenstände sind ausgeschlossen, sofern nicht der Schaden durch vorsätzliches Handeln verursacht ist.

§ 3.

1. Wer sich an einer Organisation, die auf Grund dieses Gesetzes aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder sie auf andere Weise unterstützt, oder den durch die Organi-

sation geschaffenen organisatorischen Zusammenhang weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

3. Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Ersatzorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

4. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

§ 4.

1. Dieses Gesetz tritt, mit Ausnahme des § 3, mit seiner Verkündung in Kraft, § 3 tritt mit dem zweiten Tag nach der Verkündung in Kraft.

2. Die für die Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt die Polizeikommission des Senats.

Unhaltbare Zustände im Krematorium

Man schreibt uns:

Am Tage vor Ostern verstarb mein Schwiegervater, der Mitglied des „Gemeinnützigen Beerdigungs-Instituts“ war. Die Einäscherung fand am Mittwoch statt. Am Donnerstag vormittag erfolgte die Beisetzung. Zur größten Enttäuschung der Hinterbliebenen mußte aber festgestellt werden, daß die Urne ohne die vielen und wertvollen Kränze eintraf. Auf die Frage nach dem Verbleib der Kränze wurde geantwortet, daß ihre Überlieferung nicht beantragt sei. Eine besondere Anordnung dieser Selbstverwaltung war allerdings unterblieben. Einige Verwandte fuhren nun zum Krematorium, um nach dem Verbleib der Kränze zu forschen und mußten feststellen, daß fast alle Kränze verschwunden waren. Es gelang nur, ein Stück einer Schleiße und einige weniger wertvolle Kränze aufzufinden.

Ich möchte die Öffentlichkeit und die Polizeibehörde auf diese unerhörten Zustände aufmerksam machen und bitten, dafür Sorge zu tragen, daß diese gemeinen Diebstähle aufhören.

Es wäre empfehlenswert, daß ein verschließbarer Kasten zur Aufbewahrung der Kränze zur Verfügung gestellt wird.

Kruse, Elisenhaller Heerstr. 65.

den Arbeiter den Klassenkampf. Jetzt gilt es nicht, das Materielle in den Vordergrund zu stellen, sondern es geht um die Seele des deutschen Arbeiters. Nur wenn wir ihm seine Gleichberechtigung zurückgeben und endlich von dem Klassenkampf lassen, wird es uns gelingen, die Weltanschauung des Marxismus zu überwinden. Es naht ein neuer Frühling in Deutschland, doch kommt er nicht vom Bürgertum, sondern aus der Arbeiterfront. Aber die Massen können sich nicht aus eigener Kraft lösen, sie brauchen Führer. Führen sie die Arbeiter ins nationale Lager, führen sie sie ins Dritte Reich, in ein neues Deutschland. Wir wollen wieder ein Führertum in Deutschland haben. (Zusammenruf: Hitler! Losender Beifall.) Weiter führte der Redner aus, der Arbeiter müsse zu einem Stand erhoben werden, er ist nicht dazu da, daß man ihm die Hand schüttelt, wenn man bei der Wahl seine Stimme braucht. Da die Arbeitstage nur national und nicht durch das internationale Proletariat zu lösen ist, muß der deutsche Arbeiter mit der Nation zusammengehen werden. Nur die feierlichen Werte eines Volkes sind von Be-

ständigkeit, darum Kampf, Kampf und nochmals Kampf um die deutsche Seele. Starker Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen.

Abschließend stellen wir grundsätzlich fest, daß sich die SA, nicht in die Auseinandersetzungen zwischen Stahlhelm und Kampfbund Niederachsen einmischen wird.

Bremer Schöffengericht. Am Montag, den 18. April, beginnt vor dem hiesigen Großen Schöffengericht die Verhandlung gegen drei Angehörige der NSDAP, wegen der Vorfälle bei der Strafverurteilung am 18. September v. J. Die Anklage, die Oberstaatsanwalt Dr. Drechsler verteidigt, lautet auf schweren Landfriedensbruch, Körperverletzung und Beleidigung. Die Verteidigung liegt in Händen von Rechtsanwält Dr. Meyer und Dr. Verleiden. Es handelt sich dabei um die Vorgänge bei der Versammlung, die der von der NSDAP abgespaltene radikale Nationalsozialist Otto Straupe einberufen hatte. Es kam während der Ansprache zu tumultuarien Szenen, in deren Verlauf Dr. Straupe und mehrere andere

Mitglieder des Vorstandes verletzt wurden. Dr. Straupe, der sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen hat und von Rechtsanwält Dr. Jordan vertreten wird, wird zu dem Verfahren persönlich erscheinen.

Unregelmäßige Wasserverhältnisse im Wümmegiet. Die Landwirtschaftskammer hat dem Herrn Präsidenten des Senats folgenden Ergänzungsbericht erstattet: Am 9. April d. J. berichtete die Landwirtschaftskammer, daß am 8. ds. Mts. infolge hohen Aufstiegs der Flut im Ueberflutungsgebiet der Wümme bei Borsdorf das Wasser die Wümmelände Landstraße und die Sommerdeiche überflutete. Am 10. und 11. April war das Wasser etwas gefallen. Am 12. April vermehrte sich das Hochwasser wieder derart, daß die Wümmelände Landstraße unpassierbar wurde und die Sommerdeiche ebenfalls überflutet wurden. Der Deich, der schon am 8. April an der Brücke auf der Wümmelände Landstraße beschädigt war, ist weiter gebrochen. Während das Hochwasser am 8. April das das übermäßige Aufstiege und auf den mangelnden Abfluß der Flut zurückzuführen war, wurde es diesmal durch den unregelmäßigen Druck der von Preußen aus zuffließenden Oberwasser hervorgerufen.

Ueberfall. Eine Annoncistin ist ihrer Angehe nach vor etwa 14 Tagen in den Nachmittagsstunden auf dem einsamen Mittelbühnen Landstraße von einem unbekannten Mann angefallen worden. Der Täter ist plötzlich hinter einem Baum hervorgetreten, hat ihr sein Fahrrad vor die Füße geworfen und unflüchtige Anträge an sie gestellt. Die Angehende hat sich des Täters durch einen Faustschlag ins Gesicht erwehrt und ist geflüchtet. Beschreibung des Täters: Etwa 1,80 m groß, ca. 27 Jahre alt, kräftig, glatt rasiert, volles Gesicht, graue Haare, graue Nase und graue Halsbinde.

Unfälle. Eine Schülerin, die die Haeckelstr. Heerstraße überqueren wollte, geriet vor ein Motorrad; sie wurde ungeschlagen und verletzt. — Auf der Alteschauer Heerstraße wurde ein 5 Jahre altes Mädchen, als es hinter einem haltenden Kraftwagen die Straße überqueren wollte, von einem SA-M. angefahren und verletzt. — Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Arbeitswagen der Straßenbahn und einem Kalkun in der Foulentstraße, entfiel größerer Sachschaden. Der Vorderreifen des Straßenbahnwagens wurde stark beschädigt. — Im „Breitenweg“ wurde ein Schüler, als er auf der Straße seinem Ball nachsah, von einem Radfahrer angefahren; er erlitt einen Unterschenkelbruch und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. — Zwei Kraftwagen fuhren an der Kreuzung Hantauer-Einzelbühnen zusammen, dadurch entfiel größerer Sachschaden, so daß ein Wagen abgeholt werden mußte.

Dreijähriges Kind vom D-Zug angefahren. Bremen, 14. April. Ein schwerer Unfall ereignete sich auf dem Bahnhof der Eisenbahn. Der drei Jahre alte Junge eines Kraftwagenführers ist unter noch nicht geklärten Umständen auf den Bahnkörper gelangt und dort in der Nähe des Stellwerks 6 von einem aus Richtung Neustadt kommenden D-Zug erfasst und schwer verletzt worden. Er wurde von noch unbekannt gebliebenen Personen einem Arzt übergeben. Alle, die Angaben über den Unfall und das Auffinden des Kindes machen können, werden gebeten, sich bei der nächsten Polizeistelle oder beim Unfalldezernat im Polizeihaus, Zimmer 406, zu melden.

Arbeitsgemeinschaft der Polizeihundetrassen Bremen und Umgebung teilt mit: Die neue Zusammenschluß nachstehender Bremer Hundesportvereine: 1. Polizei- und Schutzhundverein e. V., Bremen und Umgebung; 2. Deutscher Hundesportverein, Abteilung Bremen; 3. Polizei- und Schutzhundverein e. V., Bremen und Umgebung; 4. Polizei- und Schutzhundverein e. V., Bremen und Umgebung; 5. Polizei- und Schutzhundverein e. V., Bremen und Umgebung; 6. Polizei- und Schutzhundverein e. V., Bremen und Umgebung; 7. Polizei- und Schutzhundverein e. V., Bremen und Umgebung; 8. Polizei- und Schutzhundverein e. V., Bremen und Umgebung; 9. Polizei- und Schutzhundverein e. V., Bremen und Umgebung; 10. Polizei- und Schutzhundverein e. V., Bremen und Umgebung.

Stadttheater

Mademoiselle Docteur von Otto Alfred Palisch. In der heutigen des Films ist es Brauch geworden, vielgelesene Romane auf die Filmleinwand zu bringen. Das mag ohne besondere Schwierigkeiten möglich sein, weil man im Film ungezählte Bilder abbilden kann. Aber das Dramatisieren eines Romans erfordert eine völlig neue Einstellung zu dem Stoffe. Der Roman muß in einen engeren Rahmen gedrückt, auf wenige Bilder zusammengefaßt werden. Dieses Befolgen auf bestimmte charakteristische Momente schließt aber eine gewisse Gefahr in sich. Da in dem Roman episch breit behandelte Vorgänge zwischen den Hauptpersonen fortlaufen müssen, bleiben die einzelnen Bilder nur zu leicht ohne engeren Zusammenhang. Auch Palisch hat es nicht verstanden, bei der Dramatisierung von „Matthias“ aus Bernhards Buch „Spionage“ die Gefahr zu entgehen. Er hat eine Reihe ereignisreicher Szenen aneinander gereiht — unbedacht um Zeit, Ort und Personen. Das ein-

zig Verbindende ist die Gestalt der Annemarie Leffer, genannt „Mademoiselle Docteur“. Ihr Freund, Hauptmann von Wynanti ist ein dieses Mädchens willen — „einer Berliner Jüdin“ —, mit der er intime Beziehungen unterhielt, strafverurteilt worden. Durch gutes, dienstliches Verhalten und durch seine Tüchtigkeit auf dem Gebiete der Strategie hat er es verstanden, sich die Achtung seiner neuen Vorgesetzten zu verschaffen. Von Wynanti ist aber auch stark verurteilt. Sein Gläubiger verlangt sofortige Zahlung, widrigenfalls droht er mit Klage. Der also Bedrängte wird von einem guten Freunde, einem Oberleutnant im Generalstab, auf das Gebiet der Spionage verwiesen. Da von Wynanti keinen Ausweg aus seiner Not sieht, geht er auf den Vorschlag ein — wohlgerichtet nicht aus Patriotismus! Seine Freundin begleitet ihn auf seinen abenteuerlichen Fährten. In theatralisch aufgebauchten, sensationellgeladenen, abgeriebenen Szenen werden die Gefahren des Spionagewesens, die manchmal fast unglaublich anmutenden Errettungen und die stets glänzenden Findertü-

che sinnlos vorgeführt. Als Hauptmann von Wynanti gefangen ist, sieht Annemarie Leffer — von allen verlassen, von der Familie des Freundes beschimpft — die einzige Möglichkeit, ihrem Leben Abhilfe zu geben, darin, daß sie das Wert ihres Freundes fortsetzt. Mit Todesverachtung setzt sie sich den größten Gefahren aus, weiß Offiziere und Mannschaften der Franzosen und Belgier zu umgarnen und ihnen Militärgeheimnisse zu entlocken. Sie erscheint bei französischen Partisanen, treibt sich auf Landstraßen und in Buden herum, begibt sich als Schwester vom spanischen Notus Kreuz in französische Feldlazaretts usw. In der letzten Szene finden wir Annemarie Leffer wieder in Berlin — gebrochen an Körper und Seele, vernichtet durch das aufregende Leben und das kalte berauschende Gift. Annemarie Leffer hat die schwere Aufgabe des Spionagewesens übernommen — nicht aus edlen Motiven oder gar aus Vaterlandsliebe, sondern aus einem gewissen Rachegefühl heraus, in das sich die Liebe zum Manne verwanbelt hat.

So zeigt uns „Palisch“ die „Mademoiselle-

Docteur“. Die Feststellung, inwieweit und inwiefern er von der Erzählung Bernhards abweicht, würde in diesem Rahmen zu weit führen. Jedenfalls ist das Drama überhäuft mit billigen Theatereffekten und aufreißenden, plump gingeordneten Szenen. Es fehlt jedes ethische Moment. Die Gestalten sind weizenlose Schatten, ohne irgendeine Charakterisierung. — Das Publikum folgte dem Drama ohne innere Anteilnahme. Es sahle infinitiv die mangelnde Ethik. Der Beifall am Schluß galt wohl nur den Künstlern, vor allen Dingen Eva Fiebig, die mit bedeutendem Maße die vielseitige Rolle der Annemarie Leffer meisterte. Andere Darsteller einzeln herauszuheben, ist nicht möglich, da sie bis auf von Wynanti — Walter Grünig —, der nur in drei Szenen auftritt, keine Möglichkeit hatten, sich zu entfalten. Die Rollen erheben sich kaum über das Niveau von Charakteren. Dr. Kall hatte als Regisseur mit gutem Geschick gewartet und allen aufreißenden Szenen gemildert beyo, geführten.

Dr. K.

Deutscher=Abend

der NSDAP Bremen-Hemelingen

Sonntag, 17. April, 20.30 Uhr
im Alten Haus, Hemelingen
Konzert - Rezitationen
Das Konzert wird ausgeführt von
der Götting-Militärkapelle.

Einftritt 50 Pf.
Gewerbl. 30 Pf.

NSDAP. Bremen-Hemelingen

Scheringer packt aus!

„Die Nazipresse schweigt!“

Zu Bremen wird gegenwärtig eine von der sog. „Noten Hilfe“ herausgegebene Zeitung auf den Straßen verteilt, die zum Scheringer-Prozess Stellung nimmt und in großer Aufmachung die ungeliebten Äußerungen bringt, die von nazistischen Führern der NSDAP. Scheringer gegenüber gemacht sein sollten. Das Blatt behauptet, daß „die Nazipresse“ zu diesen Äußerungen schweigt und sie nicht einmal zu dementieren mag. Das ist ja nun nicht ganz richtig! Die Presse der NSDAP. hat über den Scheringer-Prozess berichtet, die von Scheringer angeführten Führer haben ausdrücklich erklärt, daß die ihnen in den Mund gelegten Äußerungen nie gefallen sind und wir tun dem kommunistischen „Noten-Hilfen“-Blättern den Gefallen, an dieser Stelle mit ihm zu beschäftigen. Wie können die roten Herrschaften doch eigentlich nicht verlangen!

Dabei sind die Äußerungen, die den Führern der Partei gemacht werden, so dumm, daß man nur schwer begreift, mit wessen Beihilfslässigkeit die rote Presse denn versucht, wenn sie derartige Entstellungen in die Welt setzt! — Gewißes soll gesagt haben: „Der Sozialismus ist in unserem Programm nur der Feind, um damit die Bögel zu fangen.“

Greift man nun aber zu irgendeiner bürgerlich-großkapitalistischen Zeitung, so kann man dort sofort die Behauptung finden, daß die Nazis — und vor allen Dingen Dr. Goebbels — doch nur verkappte Bolschewiken seien und alles entzerrten wollten! Was folgt daraus? Doch nur das, daß die Mitglieder der heutigen Reichsregierung des Volkes, daß die Mitglieder des von beiden Seiten geführten Kampfes — und dazu gehören nicht nur die Unternehmerrschel, sondern auch die gutbesetzten KPD-Boizen — um ihre Feinde zu bekämpfen — und jeder nach seiner Weise — ihrer Gefährlichkeit gewaltig zu machen versuchen! Der eine sagt: „Die Nazis sind Bolschewiken“, der andere: „Die Nazis sind Kapitalisten!“ — schwindeln um die sie alle! Und Schwindel, das sind Hände zu greifender Schwärze! In auch alles das, was sonst noch in der „Noten-Hilfe“-Zeitung erzählt wird. Kann sich ein ernsthafter Arbeiter denn wirklich vorstellen, daß führende Persönlichkeiten der NSDAP. zum 23-jährigen Leutnant Scheringer gelangt haben sollten: „Was wollen Sie werden...? Im Dritten Reich können Sie Minister werden.“ — Der

Scheringer, bejahren Sie sich sofort zwei Sterne, Sie sind Hauptmann im Dritten Reich.“

Hat Scheringer denn kein Empfinden dafür, daß er sich mit solchen Erzählungen nur lächerlich macht? Denn wären diese Bemerkungen tatsächlich gefallen, so würden sie doch nur beweisen, daß man den guten Leutnant Scheringer nicht ganz ernst genommen und ihn etwas durch den Kaffee gegeben hätte! —

Reint! Mit denartigen Mäßen hilft die KPD. den Arbeitern wirklich nicht und der Ausgang der letzten Wahlen hat ja auch genügend gezeigt, daß die wertvolle Bevölkerung allmählich entgegen beginnt, daß mit den kommunistischen Verprechungen und daß mit der ewigen kommunistischen Hege nichts zu erreichen ist. Was hat die KPD. denn bislang den Arbeitern gebracht? Nichts, gar nichts! Nicht einmal den Gedanken an eine bessere Zukunft, an eine Vernünftigung dessen, was sie ihnen immer gepredigt hat! Denn nach den Erfahrungen in Ausland sind doch meisteste Preise in der kommunistischen Bewegung selbst mittraufsch und unglücklich geworden und bleiben nur im alten Parteibüro der KPD., weil sie es gewohnt sind und weil sie die Hoffnung verloren haben, überhaupt noch aus dem Elend und aus der Wirral dieser Wirtschaft herauszukommen.

Sie ruft Wollf Hitler, ihnen will er neue Wege zeigen, ihnen will er ein Vaterland geben, daß auch ihnen Lebensfreude und Lebensmöglichkeiten bietet, sie fordert er auf, mitzumachieren im braunen Heer der Arbeit, am unter Deutschland zu zu gehalten, daß nicht mehr der Schieber und Kapitalgewaltige, sondern der schaffende Mensch, der Arbeiter der Stärke und der Kraft, über die Geschichte von Volk und Vaterland bestimmt.

Sowjetrußlands Hungerplan

Sinkende Lebenshaltung! — Wachsende Versklavung!

Die Russen haben von ihrem „5-Jahres-Plan“ viel Geschrei gemacht und suchen auch jetzt noch viel Geschrei davon zu machen, obwohl die Zahl der Gläubigen immer kleiner wird.

Auf dem Papier war dieser Plan ja etwas Wunderbares! Da wurde Jahr für Jahr, Vierteljahr für Vierteljahr, Monat für Monat die Produktion gesteigert und am Ende des 5. Jahres schwamm alles in Wohlstand und Glück, war alles eitel Reue und Zufriedenheit. Auf dem Papier! In Wirklichkeit sah ja die Sache etwas anders aus. All die schönen Reichthümer für die Sehung der Produktion wurden nicht erreicht und mußten schließlich erheblich herabgesetzt werden. Aber auch die neuen, herabgesetzten Reichthümer waren nicht durchzuführen und blieben lediglich auf dem Papier stehen.

Die steigende Wirtschaftnot zwang die sowjetrussischen Reichthümer vielmehr, einen Grundlag der „Mittler des Proletariats“ nach dem anderen zu opfern. Die „Kollektivisierungen“ der Betriebe wurden befristet, die Betriebsverordnungen ihrer Rechte beraubt, der autokratisch handelnde Betriebsleiter entsetzt, die alte kommunistische Forderung gleicher Löhne wurde preisgegeben und den „Spezial“ nicht nur eine erhöhte Lebenshaltung und höherer Lohn gewährt, sondern ihnen sogar ausdrücklich befohlen, daß sie unerschütterlich seien, der Arbeiter wurde eingeführt — und wozu all diese Maßnahmen? War es etwa ein Anzeichen von totalen Programmpunkten, aus der Not des Augenblicks geboren, um dem Arbeiter dadurch zu helfen, seine Lage zu heben, die Wirtschaft in ihrem Bestande zu halten und zu fördern? — Nichts von dem! Jetzt ist uns der Not des Augenblicks geboten worden alle diese „Maßnahmen“, des roten Bären Stalin — aber was helfen sie dem Arbeiter? Nichts! Seine Rechte wurden ihm genommen — und seine Lebenshaltung sank und sinkt von Tag zu Tag!

Auch die sowjetrussischen Gewerkschaften müssen das allmählich abgeben! So finden wir z. B. in der kommunistischen Zeitschrift „Planojwje

Chossafno“, Nr. 5-6 vom Mai-Juni 1931 hochinteressante Angaben über die Veränderung der Lebenshaltung des russischen Arbeiters während der ersten zweieinviertel Jahre des ersten 5-Jahres-Planes. Auf Seite 66 der „Planojwje Chossafno“ ist der monatliche Durchschnittslohn des sowjetrussischen Arbeiters für je ein Vierteljahr des 5-Jahres-Planes zu finden. Seite 68 gibt für die entsprechende Zeit die Preissteigerungen der staatlichen Verkaufslager wieder. Die beiden Zahlenreihen sind nachfolgend abgedruckt. Die aus ihnen errechnete Reallohnsteigerung für die gleichen Zeitabschnitte ist ihnen beigefügt worden.

Für die Zeit	Monatslohn in Rubel	Monatslohn in Reallohn (Index 100)	Reallohn (Index 100)
1. 10. 28-1. 1. 29	78,23	106,5	73,45
1. 1. 29-1. 4. 30	71,90	110,5	65,15
1. 4. 30-1. 7. 30	80,87	118,1	68,48
1. 7. 30-1. 10. 30	76,64	116,7	65,67
1. 10. 30-1. 1. 31	73,43	115,5	63,77
1. 1. 31-1. 4. 32	80,02	116,7	68,57
1. 4. 32-1. 7. 32	68,00	121,3	60,82
1. 7. 32-1. 10. 32	78,15	148,0	52,80
1. 10. 32-1. 1. 33	83,29	163,4	50,97

Daraus ergibt sich also, daß der durchschnittliche Monatslohn des sowjetrussischen Arbeiters von Ende 1928, wo er 78,23 Rubel betrug, bis Anfang 1931 auf nur 83,29 Rubel gesunken ist. Gleichzeitig liegen die Preise der staatlichen Verkaufslager um mehr als das Doppelte!

Die Preissteigerung für die Waren der staatlichen Verkaufslager betrug Ende 1928 106,5, während sie bis zum Anfang des Jahres 1931 auf 163,4 hinausschickte. Daraus ergibt sich, daß der Reallohn des sowjetrussischen Arbeiters während der ersten zweieinviertel Jahre des ersten 5-Jahres-Planes von 73,45 auf 50,97 herabgedrückt worden ist. Wenn man berücksichtigt, daß die Lebenshaltung des russischen Arbeiters an sich schon erheblich unter der deutschen Arbeiters liegt, so kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, in wieweit menschenunwürdiger

Leben der russische Prolet im Lande der „Mitte des Proletariats“ zu leben gezwungen ist! So kann man aber auch verstehen, weshalb deutsche Arbeiter, die voll gläubiger Hoffnung nach Rußland, dem gelobten Lande der Marxisten, fahren, bald so tief enttäuscht und so gründlich frustriert nach Deutschland zurückkehren!

Nun muß man aber noch bedenken, daß die Zahlen, die wir dazu aufzählten, aus amtlicher sowjetrussischer Quelle stammen und die Lage natürlich noch viel günstiger darstellen, als sie wirklich ist! In Wirklichkeit ist es nämlich so, daß viele menschliche Lebensmittel in den staatlichen Verkaufslagen gar nicht mehr vorhanden sind und im Schwarzhandel befristet werden müssen, wo sie ein Vielfaches der staatlichen Richtpreise kosten. Der Unterschied zwischen dem Lohn des russischen Arbeiters und den Kosten auch nur der notwendigsten Lebenshaltung ist also noch viel größer, als er aus den amtlichen Zahlen hervorgeht!

Der deutsche Arbeiter, der diese Zahlen liest und noch in der Lage ist, unbefangen und ruhig zu urteilen, wird sich doch fragen, wozu all die Opfer, die das bolschewistische System fordert und noch fordert; wozu all die Opfer, die der russische Arbeiter, der doch Träger der russischen Kultur sein soll, noch täglich in seiner Lebenshaltung bringt? — Er wird begreifen, daß nach den Theorien des Juden Marx kein Volk zu leben vermag und daß die Arbeiterklasse, die gerade in Deutschland so fanatisch diesen Theorien glaubte, nichts von all dem erreicht hat, was sie glaubte und hoffte, sondern immer mehr in Unfreiheit und Elend geriet, aus dem die marxistischen Führer mit ihren alten abgeduldeten Phrasen — seien es nun die kommunistischen, republikanischen Sozialdemokraten oder die überlisteten und betrogenen der Sozialisten — keinen Ausweg zu zeigen vermögen. Für Deutschlands Arbeiterschaft gibt es nur noch eine Parole:

Sie zu Wollf Hitler!

„Die Fürsorge zahlt alles“

Die NSD. trachte vor einigen Tagen einen Bericht, in dem ein Beispiel unzureichender Versorgung von Fürsorgegebern gegeben wurde. Reichsstaatssekretäre, die auf dem Höhe des Friedrich-Ebert-Platzes spielten, hätten mit einem Volk die Schicksale eines benachteiligten Volkes erfahren und erklärten auf Veranlassung: „Die Fürsorge bezahlt alles!“ Und der Geschäftsführer des Friedrich-Ebert-Platzes, an den sich der geschädigte Arbeiter wandte, erklärte, es handele sich bei dem Täter um einen Fürsorgeempfänger. Der Schaden würde von der Fürsorge getragen. Zufälligerweise erhielt denn auch der betreffende Arbeiter einige Tage später seine Scheine von der Fürsorge vergütet! Wir hatten diesen Bericht in dem erwähnten Artikel geschildert und darauf die Bemerkung gemacht, daß die Arbeiter der Fürsorge wohl kaum für derartige Zwecke bestimmt sein dürften und daß es im letzten Moment sei, daß bei der Fürsorge so mancher bedürftige arme Mensch sich die Fäden abspannen müsse, ohne auch nur einen Pfennig zu bekommen, während gewisse Leute, die darauf zu laufen verpflegen, von der Fürsorge in Halle und Gasse betreten.

Wer je mit der Fürsorge zu tun hatte, weiß, daß dieses Urteil bei den Fürsorgeempfängern allgemein ist und daß es auch durchaus den Tatsachen entspricht. Die Redakteure von der „Freier-Zeitung“ scheinen allerdings noch nichts von der Fürsorge zu tun gehabt zu haben, denn sie trübten sich furchtbar über unseren Artikel und hielten es so hin, als ob wir die Fürsorgeempfänger schädigen wollten. So kann nur einer schreiben, den der Haß blind macht und der außerdem, wie wir schon eben sagten, noch nie zur Fürsorge laufen mußte. Gerade weil wir den Bedürftigen helfen wollen, wenden wir uns dagegen, daß die Gelder der Fürsorge so verschwendet werden, wie wir es soeben geschildert haben. Und etwa die kommunistischen Arbeiter, daß die Fürsorge auch für je zerstückelte Scheine

bezahlt? Willigen es die kommunistischen Arbeiter, daß ihre Redakteure solch parteipolitischen Mißbrauch der Fürsorge verteidigen? Wir glauben es nicht! Wir wissen vielmehr, daß der Kommunismus, der genau so Rohdampf schiebt, wie sein Kollege von der NSD., empört ist über das Gehörte seiner Bogen, die ja keine Abmahnung haben, wie es außerhalb ihrer Redaktionsräume ausliegt.

RGO-Pleite

in den Hamburger Betrieben.

In der RGO-Funktionär-Konferenz am 3. Februar im Bollshelm, Hamburg, die unter Debrers Leitung tagte, referierte der Reichsleiter der RGO., Hedert. Ueber den Stand der Organisationsarbeit in den Betrieben äußerte er sich etwa folgendermaßen:

„Die Betriebsorganisation ist schlecht. In den breiten Arbeitermassen herrscht noch eine große Angst vor dem Streik. Die Arbeiterklasse scheut vor dem Lohn- und Arbeitsverlust zurück. Wir verlieren es noch nicht, die Massen in den Streik zu führen. Es besteht weiter eine ungenügende Verbindung zwischen den Erwerbslosen und der RGO. in Streiktagen.“

In der Geheiminspektion der Pol- und Orlitzer der RGO. am 25. v. Mts. äußerte sich Hedert noch viel dristlicher:

„Die Arbeit der RGO. ist ein unaufrichtiger Mißbrauch. Der Arbeiterstreik ist der größte Reizfall gewesen. Die aufgestellten Kampfbedingungen waren unnützlich. Man kann keinen Streik organisieren, indem man überpaunte Forderungen aufstellt, zum Streik aufruft und dann wartet, ob wohl die Feuer unter den Kesseln gelöscht werden.“

„Jebe Befehle über verantwortliche Funktionäre der Partei oder RGO. wird künftig direkt an das ZR. (Zentral-Komitee der RGO. Berlin) geleitet. Es hieße den Feind

sel bei seiner Großmutter verlagern, wollte man derartige Befehle von der Bezirksleitung anbringen.“

Entschließungen des Stadteits Zentrum vom 7. Februar.

Die Entschließung beschäftigt sich hauptsächlich mit Mängeln und Fehlern in der eigenen Arbeit und kommt zu dem Schluß: „Unser Einfluss und unsere Organisationsarbeit ist, das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, nicht genügend, sondern im Gegenteil sogar zurückgegangen. Fortschritte sind nur in kleineren Betrieben, nicht aber in den großen, wie Wolfram a. Voß, Deutsche Werft usw. erreicht worden.“

„Die Arbeit in den Gewerkschaften kommt nicht vorwärts. Eine interneistische Fraktionsarbeit muß sofort begonnen und eine Gewerkschaftsarbeit in Stadteit gebildet werden.“

Wir glauben nicht, daß die RGO. nach ihrem grandiosen Verfall bei der Reichspräsidentenwahl die vor der Tür stehende Pleite noch aufhalten kann.

Polengefahr

Die drohenden Folgen der „Sparmaßnahmen“

Im Rahmen der sogenannten Sparmaßnahmen der Preußenregierung ist auch die Oberförsterei Kommun zum 1. April aufgelöst worden. Diese Maßnahme hat in der Grenzregion der polnischen Grenze herbeigeführt, denn die Oberförsterei war das letzte Bollwerk gegen die polnische Fremden in der Grenzregion. Die Oberförsterei Kommun lag mit ihren ausgedehnten Wäldern direkt an der deutsch-polnischen Grenze. Zu ihrem Gebiet gehörten unter anderem die Orte Oslawdamerow, Städtin, die ja beide jattam aus dem Jan-Bauer-Prozess bekannt geworden sind. Ist doch z. B. Oslawdamerow das Dorf, wo vor nicht allzu langer Zeit schon Ruße nach polnischer Reiterei und Polizei laut geworden sind.

ARTERIEN-VERKALKUNG

und vorzeitiges Altern, ihre Vorboten und Begleiterscheinungen wie Hoher Blutdruck, Atemnot, Schwindelanfälle, Herzbeschwerden, Ohnmachtsanfälle, Kopfschmerzen, Schwäche des Denkvorgangs, Schlaflosigkeit und Mannesschwäche bekämpfen Sie durch

Radium-Tropin mit Radium-Emanation

126 Uran-Einheiten

Wie stark dieses Leiden verbreitet ist geht aus der Tatsache hervor, daß beinahe 22 Prozent aller Todesfälle diese Erkrankung für sich in Anspruch nimmt. Radium-Tropin ist von ersten Autoritäten geprüft und für absolut einwandfrei befunden worden, verhindert die weitere Anreicherung von Kalkmassen, löst die angedauerten und deren Ausscheidung, Verminderung des Blutdrucks, Verbindung von Schlaganfällen und die Erhaltung der Arbeitskraft. Bei keiner Erkrankung ist es aber wichtig, rechtzeitig einzugreifen bzw. bei Zeit zu vorzuziehen, wie gerade bei Arteriosklerose.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Wollen Sie also wieder gesund werden, dann vermeiden Sie jede Verzögerung und wenden Sie sich sofort an uns. Kein Geheimmittel, die Bestandteile sind auf jeder Packung angegeben. — Preis pro Packung RM. 1,-

MARNO LE MOULT, G. m. b. H., Magdeburg, Breiter Weg 160-62 (37)

RHEUMATISMUS

Lassen Sie uns Ihre Leiden heilen und Ihre Schmerzen beseitigen! Unsere Tropin-Doppelkur hat noch nie versagt!

Eine Freudenbotschaft für alle, die an Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven-, Muskel-, Kopfschmerzen usw. leiden! Gesundheit und Kraft wird Ihnen geboten, Ihnen und allen, die an geschwollenen Gliedern und Gelenken, akuten Schmerzen und all den anderen Übeln leiden, welche die Harnsäure mit sich bringt. Unsere Doppelkur ist die einzige, vollständige und dauerhafte Heilung und hat noch nie versagt! Geben Sie die Harnsäure nicht an. Ich weiß sehr wohl, daß es für einen Kranken sehr schwer ist, daran zu glauben, daß eine wirkliche Heilung möglich ist. Sie werden elend und niedergeschlagen, und kein Wunder auch bei den schrecklichen Schmerzen, die Sie zu ertragen haben.

Haben Sie Vertrauen zu uns, auch Sie werden wieder gesund.

Garantie-Kuren! Den vollen Betrag erhalten Sie zurück, falls Sie nach Verbrauch der vollen Kur nicht von Ihrem Leiden gänzlich befreit sind. Garantieschein für die von uns bezogenen Präparate liegt jeder Sendung bei. Scheuen Sie nicht die kleine Ausgabe, wenn es sich um Ihre Gesundheit handelt, selbst wenn Sie bereits ein hohes Alter erreicht haben. Wir haben Tausende geheilt, warum nicht auch Sie! Unsere Doppelkur ist nicht schädlich und enthält keine Gifte. Keine Leber- oder Nierenkur! Preis RM. 6,80 gegen Nachnahme. Bei Vereinfachung des Betrages erfolgt der Versand portofrei. Der Versand der Präparate erfolgt durch eine Apotheke. — Ärztliche Gutachten liegen jeder Sendung bei. Die Präparate und die eingehenden Bestellungen unterstehen der ständigen Kontrolle eines staatlich gepr. Apothekers und Chemikers.

Volk und Wirtschaft

Der Kampf um das Dorf

Bei der Propaganda für die Reichspräsidentenwahl hat die „Eiserne Front“ sich ganz besonders auch um die Landwirtschaft bemüht. Sie hat dabei mit großem Aufwand einen „Kampf um das Dorf“ eröffnet, der zweifellos eigentlich die Einleitung für eine vor keiner Gewalttat zurückweichende Propaganda zu den Wahlen am 24. April sein sollte. Die Landwirtschaft hat ja auch im Hinblick auf den 24. April allen Anlaß, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Was allerdings zunächst die marxistische Propaganda für die Landwirtschaft gerade die gewollt, daß der Sache Hindernisse auf dem Lande schwerer geschildert worden ist. Die Art, wie die Eiserne Front ihren „Kampf um das Dorf“ führt, ist denn ja auch so engstirnig, daß man diese Bemühungen nur begreifen kann, weil sie auch den Bauern die Augen über die preussische Herrschaft öffnen, die bisher noch eine so gute Meinung von den Sozialdemokraten gehabt hatten. Nach den eigenen Folgen der Reichspräsidentenwahl ist man sogar vor Einmündungsverboten und Hausverboten nicht zurückgeschreckt. Denn es ist nichts anderes, wenn die Eiserne Front sich damit brüsst, daß ihre Motorkolonnen auch gewaltsam in Bauernhöfe eingebrungen sind, gewaltsam dort ihre Propagandaliteratur abgeben haben, gewaltsam die Wände und Türen mit den drei Zeilen der Eiserne Front bedeckt haben. Was hat die preussische Regierung getan, um das flache Land vor einem solchen Terror zu schützen? Es ist nicht ein einziger Fall bekannt, wo ein Strafverfahren oder auch nur eine Untersuchung gegen die Terrorkolonnen eingeleitet worden wäre.

Ist mit dieser Art der Kampfführung schon genügend klargestellt, daß die Marxisten es nicht auf eine moralische Eroberung des Dorfes, sondern auf die

Terrorisierung des Landes

abgesehen haben, so bedeutet die in Zeitungen und Zeitschriften betriebene Propaganda nichts anderes. Man betont, was alles das schwarz-rote Regime für die Landwirtschaft getan habe, wie die Landwirtschaft sich an der Stadt bereichert habe, und daß nun endlich das Land auch politisch dankbar sein müsse; sonst... Man wirbt um die Landwirtschaft, indem man ihr die Entschuldung in der Inflationszeit zum Vorwurf macht. Daß die Landwirtschaft in den Kriegsjahren ausbeutet wurde, ist diesen Propagandamännern ebenso gleichgültig wie die selber eingetretene Überblutung und zur Katastrophe ausgeglichene Unrentabilität. Man tut so, als ob die Landwirtschaft eine Schuld daran trüge, daß heute die Arbeiter in Massen einen bitteren Kampf ums nackte Leben führen müssen; und man hält demgegenüber die Behauptung, Deutschland besäße Agrarhochschulzelle, wie kein Volk in der Welt. Welches ist eine

so unerhörte Lüge, daß man nur die Dreifachheit der fahnen Behauptung bewundern kann. Soll der Einfluß der Tribunaalplünderung und der Belästigung auch nicht geschildert werden, so hätte doch die wirtschaftliche Entwicklung längst nicht so verhängnisvoll so kommen brauchen, wenn nicht die Landwirtschaft und allgemein der Binnenmarkt in völliger Verfallenslosigkeit vernachlässigt worden wären. Gerade die Politiker der preussischen Regierungsparteien haben es zu verantworten, daß durch eine sinnlose Wirtschaftspolitik die Landwirtschaft ruiniert, die Volksernährung gefährdet und mit der Schrumpfung des Binnenmarktes auch der Arbeitslosigkeit in der Stadt auf ein Höchstmaß getrieben worden ist. Will man nun die Landwirtschaft etwa wieder für eine falsche Politik verantwortlich machen, die von der Landwirtschaft selbst jederzeit mit Nachdruck bekämpft worden ist? Kann ein Vorwurf gegen die Landwirtschaft deshalb erhoben werden, weil die Schutzmaßnahmen so spät ergriffen worden sind, daß sie bei ihrer Unvollständigkeit die Landwirtschaft nicht geniert haben? Wie kann man es wagen, von beihilfenlosen Agrarhochschulzellen zu sprechen, wenn weite Gebiete der Landwirtschaftlichen Erzeugung, vor allem Gartenbau, Geflügelwirtschaft und ein Teil der Milchwirtschaft, praktisch völlig schutlos sind? Auch den Propagandamännern der Linken müßte es eigentlich bekannt sein, daß in anderen Staaten, vor allem in Frankreich, erheblich wirksamere Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft ergriffen worden sind. Soll die Landwirtschaft nun etwa bei den Wahlen am 24. April auch noch dankbar dafür sein, daß sie systematisch ruiniert worden ist, daß man mit dem Land auch die Stadt in den Abgrund der Katastrophen gerissen hat, daß alles an Maßnahmen immer zu spät ergriffen und bis heute noch nicht vollständig durchgeführt worden ist? Wenn der Marxist Dr. Baade, der ersichtlicherweise immer noch öffentliche Bezüge haben kann und dessen Disziplinarverfahren rektlos eingetrennen zu sein scheint, davon spricht, Bauer und Arbeiter seien Bundesgenossen gegen Reaktion und Vorkraut, so ist das richtig. Aber in einem anderen Sinne, als die Sozialdemokraten es den Lesern vorzulesen. Die Sozialdemokratie mit ihrer Kruppenwirtschaft und mit der Schaffung von Stenobalancen, die man sich im früheren Deutschland nicht hätte träumen lassen, ist die realistische Partei, die wir haben. Ihre wirkliche Partei für den 24. April ist die Erhaltung der Augen an der Macht. An der Beseitigung dieser Reaktion sind Bauer und Arbeiter wirklich interessiert.

Die Sozialdemokratie ist auch die Partei des Vorkrauts.

Sie hat den Bauern um den Lohn für seine Arbeit betrogen, somit betrogen, daß die Masse der Kleinbauern schon seit Jahr und

Tag auf einen Lebensstandard angewiesen ist, der weit unter dem der Erwerbslosen liegt. Die Sozialdemokratie hat so gern von einer „Reisenlosigkeit“ der Bauern geredet, die weiter nichts ist als die Zumutung eines geringelnden Glubs. Aber mit der marxistischen Wirtschaftspolitik ist auch der häßliche Arbeiter um seinen Lohn betrogen worden. Nur dem Schein nach kann man die Not der Landwirtschaft als eine weitergeleitete Not der häßlichen Bevölkerung anpreisen. Tatsächlich ist es umgekehrt. Die Sozialdemokratie hat dem Bauern keine angemessenen Preise gezahlt, hat dem Bauern keine Kaufkraft beschaffen und hat damit auch Millionen von häßlichen Arbeitern brotlos gemacht. Es ist höchste Zeit, daß diesem betrügerischen System ein Ende gemacht wird. Bauer und Arbeiter stehen am 24. April in einer Front gegen den wirtschaftsmörderischen Volksbetrug der Sozialdemokratie

und wählen nationalsozialistisch!

Der englische Handelsminister gegen unterschiedliche Behandlung

London, 14. April. Am Dienstag wurde im englischen Unterhaus wieder die Frage der deutschen, französischen und belgischen Einfuhrbeschränkungen aufgeworfen. Handelsminister Runciman sagte, nachdem er auf die unter-

schiedliche Wirkung der deutschen Kohlenimfuhrebeschränkungen gegenüber England hingewiesen hatte, daß die belgischen und französischen Kontingentbeschränkungen für alle Länder gleichermaßen gelten. Die Art und Weise, wie diese Länder jedoch die Kontingentierung be rechneten, und das Lizenzierungssystem durchführten, müßten als unterschiedliche Behandlung Englands angesehen werden. In diesem Zusammenhang wies Runciman auch auf die italienischen Randungsbeschränkungen für die auf dem Seewege eingeführten Kohlen hin. Es sei möglich, daß dadurch die englische Kohle mehr betroffen werde als die aus anderen Ländern. Abschließend sagte der Handelsminister: Wir können eine unterschiedliche Behandlung der englischen Waren nicht unbeachtet lassen und müssen daher die notwendigen Schritte ergreifen.

Unter der System-Ordnung

Akt, 14. April. Umwelt von Dufum sollt der Hof Drehsburg zwangsversteigert werden. Als die Vollziehungsbeamten erschienen, fanden sie die Zwangsversteigerung durchgeföhrt, durch Erd aufhäufungen und Ballanlagen gesperrt. Ungefähr 300 Landeute hatten sich eingefunden, um die Durchführung der Versteigerung zu verhindern. Es kam zu wiederholten Zusammenstößen zwischen herbeigerufenen Polizei und den Landeuten. Auf Anweisung aus Akt wurde schließlich, da ein Mißverhältnis nicht an den Hof herangeföhrt war, die Zwangsversteigerung abgelehnt.

Arbeiter im Paradiese

Ein Blick hinter die Moskauer Kulissen — Deutscher Arbeiter, Augen auf

Etwas abseits von dem Getriebe der Großstadt, nicht weit entfernt von Moskau, einer der unzähligen gewaltigen Bürokomplexe des Staates, spielt sich Tag für Tag das Glend derer ab, von denen man so schön in aller Welt erzählt, daß sie nicht mehr vorhaben sind, weil Arbeit und Brot in Hülle und Fülle im Lande der Sowjets, dem erleuchteten Paradiese, dem arbeitwilligen Menschen zur Verfügung stehen.

Schon ist es, große Worte zu sagen und sie glaubhaft zu machen, daß Bitter ist es, Einblick zu tun in grenzenlose Zügellosigkeit eines langsam aber sicher sterbenden Altes, eines Systems, das krank in seiner Wurzel, Glend und Verderben über ein verführtes Volk geoffen hat. Ist es Wunder zu nehmen, wenn auch hier dem Ruß in der Grunde bluts- und welfensfremde Elemente zur Herrschaft gelangen, Elemente, die im Verborgenen, im Aufbauen gering und im Ausbeuten am vollenbelben sind? Klein ist die Mühe, in den finsternen Niederungen der russischen Seele den Samen der Verlodung und des Verfalls zu säen, um ein wirres Pflanzlein zu ernten, an dem eine starke Generation wohlbeleibter Bonzen es sich gut sein läßt — so gut sein läßt, daß ein ganzes Volk daran zu Kreuze kriecht.

Jene, die den Anfang bilden und die da draußen, abseits vom Fremdenverkehr, Tag für Tag um Arbeit betteln, sie sind der geringste der Bemeile, daß es den Sowjets nach blühender Diktatur nicht gelungen ist, den vornehmsten Punkt ihrer Aufgaben zu erfüllen. Mensch zu sein in Sowjetrußland, ist die größte Strafe, ist die härteste Geißel, denn der Mensch gilt weniger als der Best auf der Straße, der noch weggeräumt werden kann, es gilt nur die Arbeit, die er leistet, er selbst ist nichts.

Aus diesem humanen, unbedingten paradiesischen annehmen Prinzip werden auch die Arbeiterlosen in der Sowjetunion nicht unterkühlt.

Die Arbeiterlosen in der Sowjetunion sind nicht weniger als 15 Millionen Menschen in der Union anwesigend, wobei zu bedenken ist, daß in Rußland das Kontingent, aus dem die Massen gestellt werden können, außerordentlich klein ist und nach Moskauer Angaben zur arbeitenden Schicht höchstens bis zu 15 Millionen Menschen gerechnet werden können. Wenn die Sowjets schon 2 Millionen ausgeben, so darf man getrost das Doppelte nehmen, denn im Lande des Glubs und des Glubs (man weiß nicht in was sie größer sind), hat keine Bekundung eberne Füße.

Das jämmerliche, das ich gesehen habe und das man den Menschen anbietet ist der Lohn der Arbeit.

Der tarifmäßig höchste Monatslohn eines angelernten russischen Arbeiters liegt jetzt bei 80 Rubel ungeheuerlich tief, da seit Anfang dieses Jahres die langsam kriechende Inflation des Rubels eine allgemeine Preissteigerung — bis zu 200 Prozent für ein Bedarfsartikel — gebracht hat.

Diese 80 Rubel bedeuten aber nicht, daß ein vom Arbeiter ausgegeben werden können. Gott bewahre, da kommen erst einmal die Abzüge, schon kapitalistisch ausgebaut, zur freiwilligen Ausbeutung gelehrt. Erster Abzug mindestens 10 Prozent Steuer, ein in Rubel abgezähltes monatliches Gehalt an die Erfüllung des fünfjährigen Planes, etwa 1/2 Prozent Gewerkschaftsbeitrag, 1 Prozent Altersversicherung (in Rußland wird aber keiner alt, da man längst vorher dank der guten Versorgung dem Paradiese volet fan), 1 Prozent Unterhaltungskostenbeitrag, für die im Ausland gefangenen politischen Verbrecher, 2 Prozent Abgaben für den Konsumverein und dann jeweils wechselnde Pflichtabgaben für die Anleihen und Vortieren zur Erfüllung des Planes, damit man dann im Ausland von der Opferfreudigkeit des russischen Arbeiters in Zahlen erzählen kann, die in Wirklichkeit aus dem letzten gepreßt werden.

Der Rest steht auch zur Verfügung! Der Arbeiter aber muß in der Fabrik einen Tag er nummere nach der letzten im Februar und März durchgeführten Steigerung für ein elendes 60 (früher 60) Kopfen, für ein etwas besseres 80 (früher 45) und für ein auch für einen deutschen Arbeiter monatlich zu genießenden Draß 1 Rubel 20 (früher 60) Kopfen zahlen muß. (Vergleichen entspricht einem Preise von 2.60 RM.) Die Arbeitstätigkeit, oft außerhalb der Stadt, kann nur mit überlerten Böhnen erreicht werden. Der Omne bustarisch erhöht sich bis zu 70 Kopfen für ein Stredes Alexanderplatz-Städtische Oper a. B. Es eracht sich daraus, daß man täglich bis zu 3 RM. an Fahrgeht noch ausgeben muß. Monatslöhne geben sich nicht! Wer sich wohlfühlt gehe dahin! Deutscher Arbeiter halte die Augen auf! Von Juden und Irresgelehrten, von Bonzen und Glubschichtern ist noch nie mehr als ein Aufstiege gekommen, ihnen muß der Selbstwille in höher sein, als die Sorge und das Wohl für den Rab.

Neuer Lohnraub geplant?

Verprechungen mit Arbeitgebern und Arbeiter nehmen zur Vorbereitung der Schlichter besprechungen im Reichsarbeitsministerium.

Berlin, 14. April. Zur Vorbereitung der am 15. April 1933 nach längerer Pause wieder stattfindenden Besprechungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Schlichtern über Lohnpolitik und arbeitsrechtliche Fragen, fand am Dienstag, wie üblich, getrennte Ansprachen der Sachberater des Ministeriums mit Vertretern der Arbeitgeberverbände der wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer über ihre Wünsche an den Lohn- und Arbeitsbedingungen statt.

Sanierungs-Programm für die Gewerkschaften / mit der Arbeitsbeschaffung

Die zweitägigen Beratungen des Reichskabinetts, die zwischen den Reichspräsidentenwahl und die Abreise Brünings nach Genf eingeschoben worden sind, haben unabhängig von der Hilfe der Beratungskomitee — unter denen die öffentlich nicht bekanntgegebene Erörterung über die tatsächliche Haltung während der Preußenwahlen eine besondere Rolle spielt — ihre wesentliche Bedeutung dadurch bekommen, daß der Reichsarbeitsminister die Tagung der „Freien“ Gewerkschaften für geeignet hält, im Drange der iontischen Geschäfte noch schnell eine programmatische Rede zu halten. Politisch läuft das während des Wahlkampfes in den Ländern auf eine moralische Unterstützung des preussischen Regimes hinaus. Damit ist allerdings auch dokumentiert, daß man die notwendige Niederlage der preussischen Koalition auch als eine Niederlage Brünings wird auswerten müssen.

Unabhängig von dieser innerpolitischen Seite sind die Bedenken wirtschaftspolitischen Art genau so groß. Unter den heutigen geordneten Verhältnissen geht der Reichsfanzler nicht zu den Gewerkschaften, um ihnen den Kampf anzukündigen. Auch durch harte Normulierungen kann man sich nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß die Rede vor den Gewerkschaften auf die Erklärung einer politischen und wirtschaftlichen Interessengemeinschaft hinausläuft. Das bedeutet für die praktische Weiterführung der Reichspolitik nach der wirtschaftlichen Seite, daß man auf positive Maßnahmen nicht rechnen kann. Das

Reichskabinetts wird allerdings die verabschiedete von den Gewerkschaften vorgelegten Pläne nicht unversucht in die Tat umsetzen. Vor der Rückkehr des Kanzlers aus Genf, also vor den Wahlen, sind Entscheidungen kaum zu erwarten. Welchen tatsächlichen Sinn aber die Beratungen der Reichsregierung über das Arbeitsbeschaffungsprogramm in der ursprünglichen von den marxistischen Gewerkschaften angeregten Form haben, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß man aus Kreisen der Reichsregierung selbst hören kann, es werde hoffentlich mit einigen schönen Erklärungen ein Verabnis erster Klasse werden.

Tatsächlich würde ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der bisher erörterten Art so auch nur auf eine Sanierung der Gewerkschaften hinauslaufen.

Die wirklich entscheidenden Wirtschaftssagen haben ja auch überhaupt nicht auf der Tagesordnung des Reichskabinetts gestanden. Von der Neuordnung der Handelspolitik, von einem wirklichen Glend des Binnenmarktes als der ersten Voraussetzung für jede wirtschaftliche Sanierung ist noch keine Rede.

So stehen wir in der Bindung zwischen Reichsregierung und Sozialdemokraten in die neue Inflation von Katastrophen hinein, die es im tragischen Kreislauf deutschen Schicksals wieder unmöglich machen, daß in der mit großen Worten angekündigten Art die Außenpolitik irgendwie erfolgreich sein